

DER DEUTSCHE KOLONIALISMUS

von Reinhard Kröcher und Inga-Dorothee Rost

Das Deutsche Kaiserreich wurde im Gegensatz zu England oder Frankreich erst ab 1884 unter Reichskanzler Otto von Bismarck Kolonialmacht. Gründe für die anfängliche koloniale Zurückhaltung finden sich hauptsächlich in Bismarcks außenpolitischer Rücksichtnahme auf England und Frankreich, denn für ihn war es wichtiger, den „status quo“ in Mitteleuropa zu erhalten, als neue Gebiete für das Reich zu erwerben. Vor allem sah er auch keinen wirtschaftlichen Nutzen im Erwerb überseeischer Besitzungen, die die Kosten für Verwaltungsaufgaben und militärischen Schutz nicht decken könnten. Erst innenpolitischer Druck durch die Bismarck nahe stehenden Nationalliberalen sowie die immer größer werdende Anzahl der Kolonialbefürworter im Deutschen Kaiserreich („Kolonialrausch“), führten 1884 zu einem außenpolitischen Richtungswechsel. Auch im Hinblick auf anstehende Wahlen und einen befürchteten Erfolg der Sozialdemokraten empfahlen Kaiser und Reichstag den Abschluss von „Gebietsverträgen“ für die von deutschen Privatpersonen und kolonialen Gesellschaften seit Beginn des Jahres ohne offiziellen Reichsauftrag annektierten Gebiete in Ost-, Südwest-Afrika, Kamerun und Togo. Weiterhin bemüht, die europäischen Nachbarn nicht durch das deutsche Kolonialstreben zu brüskieren, lud Bismarck die Kolonialmächte vom 15.11.1884-26.02.1895 zur Kongo-Konferenz nach Berlin ein. Anlass und Ergebnis jedoch müssen als Spiegel arroganter eurozentristischer Überlegenheit gesehen werden: Die vollständige Aufteilung des afrikanischen Kontinents untereinander. Kolonialbefürworter der Zeit propagierten neue Handelswege und -plätze; kurz Absatzmärkte, für die expandierende Industrie und - bei stark steigender Bevölkerung - neuen Siedlungsraum sowie Zugang zu Rohstoffvorkommen. Innenpolitisch sollten die neuen Territorien als „Ventil“ sozialer Spannungen dienen. Die Expansion sollte darüber hinaus auch der deutschen Wissenschaft neue Betätigungsfelder geben und somit internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Doch trotz dieser teilweise einflussreichen und lauten Stimmen der Kolonialpropaganda: Die koloniale Aufgabe traf das Deutsche Reich relativ unvorbereitet. Kolonialpolitik war und blieb immer nur das Betätigungsfeld einer kleinen Gruppe, auch wenn die Auswirkungen dieser Politik eine andere Sprache sprechen. Während der gesamten Kolonialära herrschte seitens der deutschen Bevölkerung ein recht ambivalentes Verhältnis gegenüber den Kolonien und der Kolonialpolitik vor. Dabei darf allerdings nicht die Bedeutung des Kolonialbesitzes „als Symbol für Weltgeltung“^[1] für die nationale Gesamtstimmung unterschätzt werden.

Betrieb Bismarck deutsche Kolonialpolitik noch zurückhaltend und unter Rücksichtnahme auf die benachbarten großen Kolonialmächte, forderte der junge deutsche Kaiser Wilhelm II. nach seiner Thronbesteigung 1888 „einen Platz an der Sonne“ für die „zu spät gekommene Nation“. Er wollte im Gegensatz zu Bismarck mit dem Erwerb von Kolonien die Macht des Reiches stärken. Die persönlichen Querelen zwischen beiden führten 1890 zu Bismarcks Entlassung und in der Folge zu einer aktiveren Kolonialpolitik des Reiches. Während anfangs private Gesellschaften die deutschen überseeischen „Schutzgebiete“, wie sie im offiziellen Selbstverständnis der damaligen Zeit hießen, verwaltet hatten, übernahm ab 1891 das Auswärtige Amt in Berlin die Oberaufsicht und entsandte Gouverneure sowie Militär in die Kolonien.

Das deutsche Interesse hatte sich bis 1885 zunächst vor allem auf die Gebiete in Afrika gerichtet: Deutsch-Südwestafrika (heutiges Namibia), Deutsch-Ostafrika (heutiges Tanzania, Ruanda und Burundi, Teile von Mosambik), Togo und Kamerun. Ab 1897 kamen im Pazifik Neuguinea (heute nördlicher Teil Papua-Neuguineas) und die Marschall-Inseln Kiautschou (heute Teil Chinas), die Karolinen, Palau, Marianeninseln (heute Mikronesien) sowie Samoa (heute Westsamoa) hinzu. Kaiser Wilhelm II. scheute weder politische noch militärische Zurückhaltung und setzte auf internationale Konfrontation, auch in seiner Kolonialpolitik: Unter seiner Ägide wurde das „Streben nach Weltgeltung“ neues Motto. Eine Politik, die sowohl die europäischen Großmächte herausforderte (Entente Cordiale von 1904, Marokko Krise 1911), wie auch die Kolonisierten selbst, die sich gegen das willkürliche, eigenmächtige sowie brutale Vorgehen der deutschen Kolonialbeamten und Gouverneure zu widersetzen versuchten (Aufstand der Herero und Nama 1904-1908 in Deutsch-Süd-

westafrika; Maji-Maji-Aufstand 1905/06 in Deutsch-Ostafrika). Aufstände, die seitens der Deutschen blutig und unter Verlust von tausenden Menschenleben sowie dem Einsatz hoher Kosten und militärischer Mittel niedergeschlagen wurden, und - wie Helmut Bley schreibt

„... in der Siedlerwirtschaft und beim Militär einen Sicherheitskomplex geschaffen hat, der rücksichtsloseste Methoden des Einsatzes von Gegenterror, der Verweigerung auch nur der Grundlage von Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeiten immer wieder erzeugt hat.“[2]

Dieser Komplex induzierte im Deutschen Reich zwei gegensätzliche Tendenzen: a) Reformbereitschaft auf der politischen Ebene, die ab 1907 zu greifen begann und gleichzeitig b) eine Kultur der nationalen Verharmlosung und Verdrängung der kolonialen Greuelthaten, die Grundlage einer Mystifizierung der kolonialen deutschen Geschichte wurde. Mit dem Friedensvertrag von Versailles endete im Juni 1919 die fast dreißigjährige deutsche Kolonialpolitik. Togo, Kamerun und der größte Teil Deutsch-Ostafrikas wurden britische Mandatsgebiete, Ruanda-Urundi an Belgien abgetreten und das Kionga-Dreieck an Portugiesisch-Ostafrika. Das Mandat über Deutsch-Südwestafrika erhielt Südafrika und das über die pazifischen Besitzungen Frankreich.

Fazit: Alle wirtschaftlichen sowie innen- und außenpolitischen Gründe, die ab 1884 für die deutsche Kolonialpolitik vorgebracht wurden, haben sich im Nachhinein als unerfüllbar und haltlos erwiesen:

Bis 1914 sind weniger als 24.000 Deutsche in die deutschen Kolonien ausgewandert;

Der Kolonialexport erreichte gerade mal 0,6 % des gesamten Außenhandelsvolumen;

Außer Kupfer und Diamanten in Deutsch-Südwestafrika sind keine für Deutschland strategisch und ökonomisch wertvollen Produkte/Rohstoffe gefunden und ausgebeutet worden;

Die Zuschüsse des deutschen Reiches für die deutschen Kolonien betragen von 1884-1919 um die 646 Millionen Reichsmark. Für das Deutsche Reich also, anders als für die privaten Kolonialunternehmer und -financiers, waren die Kolonien wirtschaftlich gesehen ein nationales Verlustgeschäft.

Die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der recht kurzen deutschen Kolonialpolitik dagegen zeigen erst den gesamten Umfang mit ihren nachhaltigen Auswirkungen für die Kolonialiserten und Kolonisierenden, die nicht 1919 endeten. Tausende Afrikanerinnen und Afrikaner - genaue Daten fehlen immer noch - wurden während der dreißigjährigen Kolonialzeit kaltblütig von Deutschen ermordet, das Volk der Herero und Nama während des Herero-Aufstandes von 1904-1908 fast vollständig vernichtet. Der erste deutsche Genozid fand also auf afrikanischem Boden statt, für den bis heute die offizielle diplomatische Entschuldigung der Bundesrepublik immer noch aussteht.

Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges beendeten 1919 die deutsche Kolonialära: War die gesamtdeutsche Zustimmung gegenüber der deutschen Kolonialpolitik 1884-1919 eher moderat und vor allem heterogen, erreichte sie nach der von außen vollzogenen Beendigung neue, bisher unbekannte Höchstwerte. Diese Stimmung wussten zahlreiche private Kolonialverbände wie die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) oder der Deutsche Kolonialverein (DKV), die sich 1922 in der „Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft“ (KORAG) zusammenschlossen, für eine breite Kolonialpropaganda während der Weimarer Republik zu nutzen. Kolonialrevisionistische Tendenzen zeigten sich in Form von Fahnenweihen, Kolonialdenkmälern, Strassenbenennungen nach Personen wie Paul von Lettow-Vorbeck, Carl Peters oder ehemaligen Kolonialgebieten und hielten vor allem Einzug in die Populärkultur. Wie erfolgreich diese Propaganda um sich griff, zeigen zum Beispiel die boomenden Absatzzahlen des Romans „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm (1926), der ebenso verklärt den deutschen Kolonialismus darstellte wie der populäre Spielfilm „Heia Safari!“ oder Carl Hagenbecks Nachschlagewerk „Illustrierte Tier- und Menschenwelt“. Erneut wurde Kolonialpolitik als „Projektionsfläche für persönliche wie kollektive Wünsche, Entwürfe und Konzeptionen“ instrumentalisiert.[3] Vorstellungen und Forderungen die erst abflauten, als sie ab 1927 mit der Realpolitik weder außenpolitisch, wirtschaftlich noch kulturell mehr im Einklang standen. Die nationalsozialistische Rassenpolitik und Lebensraum-Ideologie ging nicht zwangsläufig aus der kolonialen Politik hervor, jedoch konnte auf einige Elemente und Erfahrungen zurückgegriffen werden, die - dem ideologischen Kontext entsprechend - modifiziert wurden.

Im 21. Jahrhundert scheint die Kolonialvergangenheit kaum noch Beachtung zu finden und ist aus dem nationalen (Schuld-)Bewusstsein fast vollkommen verdrängt. So wird die koloniale Vergangenheit eher als Episode ohne langfristige Folgen abgetan. In diesem Sinne forderte Christian Ströbele, Bundestagsabgeordneter der Grünen, 2001, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer unbelasteten historischen Kolonialpolitik eine Vorreiterrolle in Afrika übernehmen solle.[4] Naive Ignoranz oder mangelndes Geschichtsbewusstsein?

Fußnoten

[1] Bley, Helmut: Der Traum vom Reich? Rechtsradikalismus als Antwort auf gescheiterte Illusionen im Deutschen Kaiserreich 1900-1918. In: Kundrus 2003, S. 58.

[2] Bley, Helmut: Unerledigte deutsche Kolonialgeschichte. In: ders. 1995, S. 321.

[3] Kundrus, Birthe: Die Kolonien - „Kinder des Gefühls und der Phantasie“. In: Kundrus 2003, S. 7.

[4] Zimmerer, Jürgen: Keine Geißeln der Geschichte. In: taz, 10./11.1.2004, S. 5.